

17. NOV. 1933

Krieg gegen Namen

Sonderdienst der Bremer Nachrichten

□ Budapest, 15. November.

Vor einiger Zeit wurde in Budapest unter dem Protektorat des Erzherzogs Josef der Namens-Magyarisierungsberein begründet, der es sich zur Aufgabe macht, die in Ungarn vorhandenen etwa 2 Millionen nichtmagharischer Namen durch „schönklingende“ magharische zu ersetzen. Der ungarische Staat hatte die Absicht, bei dieser Namensmagharisierung auch noch ein gutes Geschäft zu machen, denn jeder Mann sollte dafür, daß er seinen deutsch oder slawisch klingenden Namen gegen einen einwandfrei magharischen umtauschen dürfte, den Betrag von 24 Pengö bezahlen. Es stellte sich jedoch heraus, daß sich die Träger eines fremden Namens durchaus nicht drängten, diese 24 Pengö zu zahlen.

Seit Sommerende greift nun auch der Staat in dieser Frage sehr nachdrücklich ein. Wurde bisher nur „anempfohlen“, seine gutmagharische Gesinnung auch durch einen magharischen Namen zu dokumentieren, so wird nunmehr ein scharfer Druck auf alle irgendwie vom Staate oder den Kommunen abhängigen Existenzen ausgeübt, wobei man sich auf eine Verordnung des Innenministers beruft. Der Bürgermeister von Budapest hat am 16. Oktober unter Zahl 20 134 eine Verordnung erlassen (deren Ausfertigung lächerlicherweise von einem Beamten mit dem „rein magharischen“ Namen Töpfer unterzeichnet ist), in der alle Leiter städtischer Ämter, Institute, Betriebe und Schulen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, alle ihren Untergebenen in schärfster Weise auf die Namensmagharisierung aufmerksam zu machen. Der Bürgermeister legt größten Wert darauf, daß alle Beamten und Angestellten der Hauptstadt einen magharischen Namen führen, um auch äußerlich ihren vaterländischen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Um es den Trägern eines nichtmagharischen Namens leichter zu machen, diesen zu verändern, sind die Gebühren um 90 Prozent gesenkt worden und wer ein Armutszequis beizubringen in der Lage ist, braucht nur 24 Heller Stempelgebühren zu erlegen.

In Budapest beginnt sich bereits der behördliche Druck fühlbar zu machen. Bis zum 30. November haben alle Ämter, Betriebe und Schulen zu melden, wer noch einen fremdklingenden Namen unter den Beamten und Angestellten führt. Selbst wer die magharischen Methoden nicht kennt, kann sich vorstellen, was die Folge einer Meldung ist, der und jener habe seinen Namen noch immer nicht magharisiert. Es gibt in Ungarn einen Paragraphen, nach welchem man ohne Grundangabe nach einem Jahr aus dem Dienst entlassen werden kann, falls man national nicht unbedingt zuverlässig erscheint. Im Polizeidienst wird nur der befördert, der einen magharischen Namen hat. Sportsleute dürfen im Ausland nur mit magharischen Namen auftreten. Der Feldwebel teilt den Soldaten seiner Kompanie, die noch keinen „gutmagharischen“ Namen haben, einen solchen beim Rapport ganz einfach zu. Wer von den Arbeitern der Eisenbahnwerke Nord bis zum 30. Oktober seinen Namen noch nicht magharisiert hatte, wurde fristlos entlassen. In den Schulpausen „begeistern“ die Lehrer ihre Schüler dazu, den Namen ihrer Väter abzulegen. So konnte ein Handelschulprofessor am 5. November melden, daß 72 seiner Schüler ihre Namen verändert hätten. Wer Gemeindevorsteher, Ältester oder Geschworener werden will, dem wird ebenfalls „nahegelegt“, „freitwillig“ seinen Namen zu magharisieren. In jedem Jahre sollen 400 000 bis 500 000 der zwei Millionen nichtmagharischer Namen verschwinden, so daß also von einem Fünfjahresplan der Magharisierung gesprochen werden kann. Was würde wohl die Welt sagen, wenn z. B. Deutschland versuchen wollte, einen ähnlichen Vorstoß gegen die nichtdeutschen Namen zu unternehmen, welches Wutgeheul würde über die ganze Erde hinwegbrausen.

Die 600 000 Deutschen Ungarns sehen mit äußerster Bestürzung auf diesen neuen Feldzug, der sich nicht zuletzt auch gegen sie und ihre 400 Dörfer richtet, in denen die Entdeutschung vorwärtsschreitet, da keine der angeblich deutschfreundlichen Regierungen — weder Graf Bethlen noch Gömbös — bisher die Kraft aufbrachte, den Komitatsdespoten klarzumachen, daß die Minderheitenschulgesetzgebung nicht nur auf dem Papier stehen darf, sondern durchgeführt werden muß. Sind erst die guten deutschen Namen beseitigt, dann kann niemand mehr die Forderung aufstellen, deutsche Minderheitenschulen zu erhalten, denn wer einen magharischen Namen trägt, ist eben Magyare, und er beginge Hochverrat, wollte er eine deutsche Schule fordern.